

K O M M E N T A R E

Kosovo – die Verwechslung von Staat und Nation

Eine „Scheinlösung“ nannte Hans Koschnick die jüngste Vereinbarung im Kosovo. Recht hat er. Bis Weihnachten sei vielleicht Ruhe, mutmaßte der frühere EU-Verwalter Mostars, länger nicht. Sobald sich die NATO beruhigt habe, wird Milošević wieder unverhohlen seine ethno-nationalistische Machtpolitik verfolgen, ebenso wie die kosovarischen „Freiheitskämpfer“. Bis die internationale Gemeinschaft sich dann erneut zur Handlungsfähigkeit zusammenrauft, wird sie wieder nur Scherben aufkehren können. Für Milošević ist die Unfähigkeit der internationalen Organisationen eine wertvolle Konstante. Wie kann das sein, fast zehn Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges?

Das Völkerrecht interpretiert jeder anders, je nachdem, ob er ein Eingreifen in innerstaatliche Konflikte fordert oder ablehnt. Die formale Interpretation lautet: Ein Bruch des Friedens, der nach Kapitel VII der UNO-Charta Gegengewalt rechtfertigt, kann nur auf zwischenstaatlicher Ebene stattfinden. Giftgasbomben gegen irakische Kurden, Völkermorde in Ruanda und „ethnische“ Vertreibungen in Serbien stellen und stellen den formalen Frieden nicht in Frage. Kann man so heute noch denken?

Vom moralischen Aspekt einmal abgesehen, sprechen auch systematische Gründe dagegen. Denn die UNO hat seit jeher die Begriffe Staat und Nation verwechselt. Die Mitglieder der Vereinten Nationen sind Staaten, die weit davon entfernt sind, Nationen zu sein. Doch die „ethnische“ Idee eines „Nationalstaats“ hat sich heute weitgehend durchgesetzt. Dabei leben nur vier Prozent der Weltbevölkerung in sogenannten „ethnisch“ homogenen Staaten. Nun müssen wir mit ansehen, wie verschiedene „Ethnien“, die sich oft als „Nationen“ begreifen, nicht nur innerhalb eines Staates leben, sondern sich gegenseitig massakrieren und gegeneinander Krieg führen. Es ist an der Zeit, den „Bruch des Friedens“ neu zu definieren. Im Kosovo kämpfen serbische und albanische Nationalisten gegeneinander. NATO und OSZE sitzen zwischen allen Stühlen, weil sie die Ziele keines Gegners unterstützen. Doch darüber hinaus sind alle ratlos – kein Wunder, denn die internationale Gemeinschaft wird erst dann handlungsfähig, wenn sie zwei Dinge grundsätzlich klärt: Keine wie auch immer postulierte „Nation“ hat ein „natürliches“ Recht auf „seinen“ Staat, und den Bruch des Friedens im völkerrechtlichen Sinn können nicht nur Staaten, sondern auch „Nationen“ heraufbeschwören. Deshalb müssen sie mit heftigen Sanktionen rechnen – wenn es nicht anders geht –, auch mit Gegengewalt, die im Einklang mit der neu interpretierten UN-Charta steht. Nur das kann Nationalisten den Wind aus den Segeln nehmen. Mit einer solchen Haltung, die jedoch Konsequenz und Einheit der internationalen Akteure voraussetzt, hätte sich viel Blutvergießen auf dem Balkan vermeiden lassen.

Carsten Wieland